

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis - 80 Goldmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreizehnpaltige Kleinzeile oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Unsere Tagungen in Hamburg.

Zwei große, in lebhaften Farbtönen gehaltene Willkommensbilder an den Haupteingängen des Hamburger Gewerkschaftshauses verkünden am Morgen des 31. August, daß dort in den nächsten Tagen zwei wichtige Arbeiterparlamentare tagen: der Verbandstag der Buchdrucker und der Bundesstag des Deutschen Baugewerksbundes. In den weiten Räumen des Gewerkschaftshauses herrscht schon in aller Frühe ein lebhaftes Treiben. Die Abgeordneten der beiden Arbeiterorganisationen treffen ein. Hier und dort herzliche Begrüßung, kräftiges Händeschütteln sich wiederholender aller, bekannter Gewerkschaftskämpfer und Weggenossen. Sie sind wieder einmal durch das Vertrauen ihrer Kollegen berufen, zurückzuschauen auf getane Arbeit, Schadhafes zu beseitigen, Mittel und Wege zu finden zur weiteren Vervollkommnung ihrer Gewerkschaft. Eine Aufgabe, gut und groß, notwendig für das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse, ein kulturförderndes erstes Rangens: die Arbeiter herauszuführen aus Alltags- und kapitalistischer Fron in die lichten Höhen gesellschaftlicher Vollkommenheit, die Waffen für diesen Kampf von neuem zu überprüfen und zu schärfen gegen die starke Wirtschaftsmacht des Unternehmertums...

Um 9 Uhr morgens tritt der Bundesbeirat und Vorstand unseres Baugewerksbundes zusammen, um die nötigen Vorbereitungen für die Verbandstage und den Bundesstag zu treffen. Die Finanzen des Bundes, der Stand der Organisation werden eingehend geprüft. Der Mitgliederstand läßt sich sehr zu wünschen übrig. Vor allem wird dies zurückgeführt auf die große Arbeitslosigkeit, die selbst in den Sommermonaten nicht ganz erlöschen kann und einen Stand aufweist, wie nie im Winter in der Vorkriegszeit. Das wirkt natürlich schädlich auf den Mitgliederstand. Vor allem im Tiefbau sind große Unternehmungen zum Stillstand gekommen, neue werden der Finanznot wegen nicht unternommen. Der Hauptvortrag an Mitgliedern liegt bei den ungelerten Berufen, die Gelehrten haben sich besser gehalten. Die Kollegen, die als Hilfsarbeiter in Hoch- oder Tiefbau Arbeit nicht finden konnten, haben, soweit es ihnen gelungen, in anderen Industrien ein Unterkommen gefunden und sind in die dort zuständigen Organisationen hinübergewechselt. Aber auch die zerstörende Wirkung der bolschewistischen Verheerungspropaganda hat an dem Mitgliederstand schuld. Nur ein kleiner Teil der „Ausgerissenen“ hat sich in das bolschewistische Lager verflüchtigt, das beweisen die - jedenfalls noch dazu nach oben fristeten - kümmerlichen Mitgliederzahlen des sogenannten Ausgeschlossenenverbandes. Der Hauptteil der Ausgerissenen ist beitragslos und wild geworden. Manche sind wieder zur alten „Gelbenflagge“ eingeeicht, andere aber markieren den einsamen starken Mann, sind jedoch nicht, wie der Schwärzlerheld Wilhelm Zell, Männer der Tat, sondern sie wärmen ihr, ach, so kümmerliches Gemüt an rabulalem Wortschwall, mimen Revolution und verbergen unter dieser schadhafsten Maske recht unzulänglich den übelsten Zindefinitismus, Beitragslosheit und eunuchenhafte Wafschlappigkeit. Solche Widrigkeiten dürfen uns aber nicht hindern am weiteren Aufbau des Bundes; unverzagt müssen wir weiterarbeiten am Werke der Organisation. Psychologisch betrachtet sind auch diese störenden Tendenzen nichts weiter als die geistigen Auswirkungen des fürchterlichen Weltkrieges, die immer noch nachzittern. Deshalb haben wir keine Zeit, in gültigen Entfaltungsdübel zu verfallen. Wir bauen unverbrossen weiter am guten Werke der Organisation in der festen Zuversicht, daß diese störenden Erscheinungen nach und nach verschwinden und klare Auffassung, klarer Geist wieder Raum haben müssen.

Dies war die Auffassung des Beirats und des Bundesvorstandes. In dieser Ueberzeugung ging er zur Vorbereitung guter, vorwärtsdrängender Zukunftsarbeit. Der Aufbau und Ausbau des Bundes, das Lehrlingsrecht, die Postfahndung und Pflichtenarbeit, der Bauarbeiterbeschäftigung, das Schlichtungswesen, die Sozialisierung im Baugewerbe, die Beitragsfrage, nicht zuletzt unsere Lohn- und Arbeitskämpfe, wurden einer ausführlichen Besprechung unterzogen. Der Niederschlag dieser vielstündigen Aussprache war die Vorbereitung einer Anzahl wichtiger Entschlüsse, die dem Bundesstag zur Annahme empfohlen werden sollen. Erst in später Abendstunde fanden die wichtigen Vorbereitungen ihr Ende.

Am 1. September früh 8 Uhr treten alle Verbandstagsabgeordneten im großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen. Der Bundesvorsitzende Kollege Paeplo w heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Er weist hin auf die Wichtigkeit der Fachgruppentagungen und deren Arbeitsfeld. Als Abgeordnete zu den Fachgruppen sind anwesend: 113 Maurer, 104 Hilfsarbeiter, 51 Erbarbeiter, 19 Stufarbeiter, 10 Töpfer und Fliesenleger (außerdem 3 Bezirkssekretäre dieser Gruppe), 10 Glaser (außerdem 1 Bezirkssekretär dieser Fachgruppe), 15 Baumerkmeister, 21 Jugendliche. Auf dem Bundesstag werden anwesend sein: 36 Maurer, 33 Hilfsarbeiter, 26 Erbarbeiter, 10 Stufarbeiter, 10 Töpfer und Fliesenleger, 5 Glaser, 5 Baumerkmeister, 3 Schornsteinmänner, 4 Jöklerer und Steinholzer, 11 Jugendliche. Außerdem die Bezirkssekretäre der Fachgruppen, der Bundesvorstand mit den Fachgruppenobleitern, die ausländischen Gäste, insgesamt 192 Teilnehmer. Die nach den Bundesfahnen erfolgte Einteilung der Abgeordnetenmandate sei nicht ohne Mängel. Die großen Gruppen sind ihrer tatsächlichen Stärke entsprechend auf dem Bundesstag zu sich wach vertreten, die Zahl der Abgeordneten zu den

Fachgruppentagen der kleineren Fachgruppen sei ebenfalls zu klein. Die jetzige Einteilung sei aber nur ein erster Versuch des Bundes. Die dabei vorhandenen Ungleichlichkeiten haben gestern Beirat und Bundesvorstand besprochen. Dem Bundesstag werde als Niederschlag dieser Beratung noch ein Antrag zugehen, der die genannten Mängel abstellt. Der Redner ersucht sich bei den Beratungen auf den Fachgruppentagen nicht von Kirchhumsinteressen leiten zu lassen. In erster Linie müssen wir uns auch bei diesen Beratungen von dem Gebanken leiten lassen, daß jeder von uns Mitglied des Baugewerksbundes ist. Daneben aber wird der Bund so arbeiten müssen, daß jede Gruppe in ihm sich nicht vernachlässigt, daß sich im Gegenteil darin jeder Einzelne wohlfühlt. In diesem Sinne wünsche er den Fachgruppentagen guten Erfolg.

Die Ausführungen des Bundesvorsitzenden werden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Gruppen sondern sich ab zu ihren Fachgruppentagungen. Ueber deren Verlauf berichten wir, soweit es der Raum des „Grundstein“ zuläßt, schon in dieser Nummer an anderer Stelle.

Unser Bundesstag.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand am Abend des 2. September eine zahlreich besuchte Begrüßungsfeier unseres Bundesstages statt. Der Saal ist prächtig ausgestattet mit Palmen- und Blumenarrangements. Das lebhaft Grün der Wäpme schafft mit dem leuchtenden Rot der zahlreich angebrachten Fahnen und Banner eine gut wirkende Farbenharmonie. An der Breitseite des Podiums hängt das fast lebensgroße Bild unseres verehrten Vorkämpfers Theodor Bämeler.

Nachdem die herrlichen Weisen der vom Opernorchester des Hamburger Stadttheaters meisterhaft zum Vortrage gebrachten Symphonie H. Woll von Schubert verklungen, begrüßt Hugo Fren in Namen des Ortsvereins Hamburg und des Ortsvereins Groß-Hamburg den Bundesstag. Die alten Fahnen der Maurer und Bauarbeiter in diesem Saale finden den alten Geist der Zentralisation der Bauarbeiter Hamburgs. Wir haben zu unsern, bei uns bisherige Taktik die richtige ist. Nach dem Rechte hatten die Arbeitergewerkschaften starken Zulauf. Vieles davon war Spure. Es kam auch die Stimmung, die uns eine andere Taktik vorschreiben zu müssen glaubte. Dies führte zu starken Störungen der praktischen Gewerkschaftsarbeit. Wir in Hamburg haben es aber letzten Endes verstanden, die Organisation vor solchen Machenschaften zu schützen. Der Führer der „Ausgerissenen“, Heertl, beehrt zuerst Hamburg mit fernem Besuch. Gestern hatte er im großen Saale bei Saagebiet 88 Schächeln um sich versammelt. Das ist der beste Beweis, das Mostau in Hamburg seinen rühmigen Verlauf ist gefahrt. Ein zweites Beispiel gibt es in Hamburg nicht. Nochmals herzlich willkommen! (Beifall). Hierauf bezieht der Bundesvorsitzende, Kollege Paeplo w, das Podium. Er dankt für den zahlreichen Besuch der Tagung und für den starken Besuch dieser Abendveranstaltung. Dem allen, vor allem auch dem Gesangverein der Maurer Hamburgs, die diesen Abend verschönern helfen. Die Abgeordneten der Bundesorganisationen begrüßt Paeplo w ganz besonders aufs herzlichste, ferner die Vertreter der deutschen Bruderverbände, unsern alten Veteranen Gustav Feinte, den Vizepräsidenten des IWBG, Peter Großmann. Der Baugewerksbund wurde vor 2 Jahren in Sturm und Drang geboren. Er hatte starke Geburtshelfer, die starken früheren Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter. Schon 1869 begründet sich in Hamburg die erste Organisation der Maurer. Seitdem sind 65 Jahre vergangen. Nach der Unterdrückung dieses Vereins entstand der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerverband. Er lebte auch nicht lange. Das Sozialistengesetz legte ihn hinweg. Die Neugründung des Zentralverbandes der Maurer hatte ihren Ausgangspunkt in Hamburg. Später vereinigten sich die beiden starken Stämme des heutigen Baugewerksbundes zu einer Organisation. Unser junger Bund wurde Gegen der Stürme erlebt wie seine Vorkämpfer nie. Gemiß waren auch damals starke Gegner der Gewerkschaftsbewegungen vorhanden. Heute haben wir dagegen auch anständig, aber auch gegen die Gleichgültigkeit und gegen Verwahrlosung und geduldet Unvernunft. Wir sind kleiner geworden an Umfang und Macht. Doch das hat uns nur ermutigt zu neuer, frischer Tat. Wir werden auf unsern ersten Bundesstag wieder einen Schritt näher gekommen zu sein. Der Bund steht erst im Beginn seines Werdens. Wir haben aber die begründete Hoffnung, am Schluß dieser Woche der Vollendung wieder einen Schritt näher gekommen zu sein. Wir stehen im Dienste der Arbeiter. Für ihre Interessen zu wirken, ist auch Aufgabe dieses Bundesstages. (Beifall). (Beifall). Der weitere Verlauf des Abends brachte noch einige wohlgeungene Gesangsvorträge des Gesangvereins der Hamburger Maurer. Die nächsten Tage sind ernster Arbeit gewidmet.

Hamburg, den 3. September.

Erster Verhandlungstag.

Am 9 Uhr eröffnet der Bundesvorsitzende Paeplo w die erste ordentliche Sitzung des Bundesstages. Er heißt die Erschienenen nochmals herzlich willkommen. Außer den ausländischen Gästen sind anwesend die Vertreter einer Anzahl verwandter Gewerkschaften, als Vertreter des IWBG, Genosse Leipzig, ferner der alte Veteran der Bauhilfsarbeiterbewegung, der in den Ruhestand versetzte frühere Sekretär für Bauarbeiterbeschäftigung, Gustav Feinte, Kollege Ellinger vom Verband sozialer Baubetriebe und Georg Käppeler, Sekretär der Bauarbeiterinternationalen.

In die Leitung des Bundesstages werden gewählt als Vorsitzende die Kollegen Paeplo w, Silberstein und Paeplo w. Als Schriftführer werden gewählt Leipzig (Töpfer), Brill, Watschel, Müller (Glaser), Hager, Kollerer, Pischke und Stante. Der Ausschuss für die Vorbereitung der Tagung soll später gewählt werden. Nach Festlegung der Tages- und Geschäftsbuchung überbringt Genosse Leipzig dem Bundesstag die Wäpme des Vorstandes des IWBG. Er gebt der schweren Kämpfe des Baugewerksbundes für den Achtstundentag und spricht ihm dafür Anerkennung und Dank aus. Das Londoner Abkommen sei ratifiziert. Wenn es auch dem deutschen Volke Kosten auferlegt, an unsere sozialpolitischen Errungenschaften werden wir nicht rücken lassen. Im Gegenzug zum Sachverständigenrat werden verlangt jezt die deutschen Unternehmer, daß die Kosten der Londoner Verpflichtung auf die Arbeiter abgewälzt werden durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verlangt, daß die Arbeiter zu schlechteren Arbeitsbedingungen

arbeiten sollen. Dieser Standpunkt müsse ganz energisch bekämpft werden. Wir wissen, daß Arbeit notwendig ist zum Wiederaufbau Deutschlands. Wir verlangen aber dabei auskömmliche Löhne und die Einhaltung des Achtstundentages. Gegen die wiedererwachenden Kräfte des Rückwärts wies sich die deutsche organisierte Arbeiterbewegung zu wehren verpflichtet. Wir verlieren Mut und Hoffnung nicht trotz mancher Rückschläge. Unsere Erfolge liegen fest. Sie ermutigen uns, die uns noch bevorstehenden Aufgaben zu erfüllen. Wir werden die Arbeiterbewegung weiter vorwärts treiben trotz aller Widrigkeiten. Dazu wünsche ich auch ihrem Bundesrat den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zu dem Bericht des Bundesvorstandes

spricht zunächst Kollege Paeplo. Er verweist auf die vorliegenden Berichte und das Jahrbuch, das eine Fülle von Material enthält.

Das Wort „Baugewerksbund“ ist zunächst erst ein Begriff. Wir haben den geschlossenen Hebertritt der Glaser, Köpfer und Uphaltene mit Freunden begriffen. Wir heißen sie auch an dieser Stelle im Bunde herzlich willkommen. Möge der von ihnen getane Schritt ein weiterer Ansporn sein für andere Verbände, das gleiche zu tun. — Auf dem Leipziger Verbandstag konnten wir den Zusammenbruch noch nicht voraussehen. Wir erhofften einen weiteren Aufstieg. Die außerordentliche Regierungspolitik führte zum Zusammenbruch. Die Reaktion ging daraus gestärkt hervor. Der passive Widerstand in Berlin mußte abgebaut werden. Unter der falschen Politik der Regierung leidet die Arbeiterklasse schwer. Die Wirtschaftskrise hat großes Leid gebracht. Hinzu kam die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, ferner die von Moskau ausgehende gewerkschaftliche Restrukturierung. All dies wirkte lähmend auf die Kraftentfaltung der Arbeiterklasse. Die Klassenbestände ihrer Gewerkschaften wurden entwertet. Die Reaktion benutzte dies und die Wirtschaftskrise zu Schlägen gegen die Arbeiterklasse. Bis heute ist die Reaktion an Werte, unsere sozialen Errungenschaften zu zerstören, alle das Arbeitsrecht betreffenden Gesetze zu beseitigen oder zu verdrängen. Die Unternehmer laufen überall dagegen und gegen den Achtstundentag Sturm. Dabei hilft ihnen die Regierung nach Kräften. Im Kampfe gegen diese Verbrechen hat sich der Vorstand des BGDW. gut bewährt, auch der Baugewerksbund hat sich dabei tapfer gehalten. — In den letzten Jahren hat die Baukonjunktur schwer gelitten. Ungeheure Arbeitslosigkeit für unsere Kollegen ist die Folge. Die bürokratische Wohnungswirtschaft liefert kaum die Mittel, die verfallenden Wohnungen zu erhalten. Aus anderen Quellen fließen keine Mittel für die Bauwirtschaft. Nach dem Zusammenbruch der Welt wurden die begonnenen Bauten stillgelegt, neue nicht begonnen. In verlassenen Winter hatten wir monatlich Gewerkschaftsfestungen bis zu 95%. Jetzt im Jahr und Anfang haben wir Arbeitslosenziffern wie früher nicht im Winter. Dieser Zustand treibt die Kollegen in andere Berufe. Zum Teil treten sie zu den hierfür zuständigen Gewerkschaften über, zum Teil werden sie — was wir bedauern und verurteilen — organisationslos. Unsere statistischen Erhebungen ergaben in den letzten 14 Jahren einen Mitgliederertrag von 84,5%. Der Mitgliederertrag ist am stärksten in den westlichen, am schwächsten in den östlichen Gebieten. Es ist kein Trost für uns, wenn andere Gewerkschaften gleiche oder noch größere Verluste erlitten haben. Außer den schon genannten Gründen wird zu unserm Mitgliederverlust der Abbau unserer Unterstützungsanstaltungen und der Werbetätigkeit beigetragen haben. Wir müssen schon nach dem Bundesstag unsere Werbetätigkeit wieder stark vorziehen lassen, wir müssen auch unsere Unterstützungsanstaltungen wieder aufzurichten suchen. — Unsere Finanzen stehen natürlich ganz schlecht. Die Beiträge, die während der Inflationszeit floßen, kamen in der Hauptkassette entwertet an. In Gold umgerechnet haben wir im Jahre 1923 noch nicht einmal 2 Millionen Mark vereinnahmt. Nach Stabilisierung der Welt verminderte die Arbeitslosigkeit größere Einnahmen. Das Frühjahr und der Sommer brachten uns etwas bessere Einnahmen, aber große operative Kämpfe. Diese Kämpfe müssen wir fortwährend führen. Wir wehren uns überall gegen die schamhafte Verlängerung der Arbeitszeit. Ich betone: die Bauarbeiterklasse wird sich gegen vorübergehende verlängerte Arbeitszeit nicht wehren, wenn die Wohnungsnot dazu zwingt und Arbeiter fehlen. Sie wehrt sich aber gegen jeden schamhaften Versuch in dieser Richtung. Auch unsere Lohnkämpfe fordern große Opfer. Obwohl die Streikunterstützung sehr mäßig ist, haben wir bisher dafür große Summen ausgegeben. Auf die weitere Ausbringung von Mitteln für die Kämpfe und die Erfüllung unserer sonstigen Aufgaben werden wir nach wie vor bedacht sein müssen. Die Beitragsfrage und alles, was damit zusammenhängt, werden wir gründlich prüfen müssen. Bisher ist die Beitragszahlung unbefriedigend. Die Unterstützungsfrage in wirtschaftlichen Notfällen bildet ein vorzügliches Mittel, um die Mitglieder an die Organisation zu fetten. Für uns muß es heißen: Kampf- und Unterstützungsorganisation. — Der Bauarbeitererschutz muß wieder kräftig gefördert werden. Die übrigen Berufsklassen haben auch dieses Tätigkeitsfeld des Bundes schwer beeinträchtigt. Wir werden dazu kommen müssen, auf diesen Gebiete wieder die alte, nachhaltige, fördernde Tätigkeit aufzunehmen. — Die Sozialisierung des Baugewerbes hat natürlich auch durch der Zeiten Umwälzung gelitten. Trotzdem stehen die meisten Baubetriebe fest. Die Sozialisierung des Baugewerbes bedarf aber neuen Antriebs. Wir müssen die Betriebskapital zuzuführen, sie moralisch und finanziell fördern. Wir beantragen, für diesen Zweck 5% der Bundesbeiträge abzuführen. Das ist gut angelegtes Kapital; denn die Bauhilfsbewegung läuft auch unsere Gewerkschaftsbewegung. — Der Zeitlicher Gewerkschaftskongress hat allgemeine Richtlinien für die Arbeiterkämpfe beschließen oder erneuert sie hochgehalten, haben wir immer als hohe Pflicht betrachtet. Das Arbeitsrecht, die Betriebsratsfragen sind eingehend behandelt worden. Die Entschärfung Schmansn fordert die Industrieorganisation. Das ist auch unser Streben. Eine vom Ausschuss des BGDW. eingesehene Kommission, die in dieser Richtung arbeiten soll, wird benannt über ihre bisherige Tätigkeit Bericht ermitteln. — Auf dem internationalen Ge- biete sind wir in der allgewohnten Weise tätig gewesen.

Eine Reihe internationaler Konferenzen haben wieder stattgefunden. Die letzte im Juni dieses Jahres in Stockholm abgehaltene Konferenz verweigerte den Russen den Beitritt, weil deren Mitgliedschaft in der Internationale angeht. Auch die Einstellung nicht nützlich erscheint. Auch der tschechische Verband wurde, weil auch er die Organisationsentwicklung im tschechischen Lande stört, aus der Internationale ausgeschlossen. Einige andere kleine Organisationen wurden in die Internationale aufgenommen. In der Internationale sind alle sie betreffenden Fragen in aller Weise besprochen und erledigt worden. — Die Ratifizierung des Londoner Abkommens läßt uns eine wirtschaftliche Erleichterung erhoffen. Die sich dadurch für Deutschland ergebende größere Handelsfreiheit, die Klärung besetzter Gebiete, die zu erwartenden Anleihen und Kredite dürften geeignet sein, auch die Bauwirtschaft wieder mehr zu befruchten. Die vom BGDW. beabsichtigte Volksabstimmung für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens werden wir zu unterstützen haben. Die Agrarier fordern den Brod- und Fleischholl. Gegen diese ungerechte Belastung breiterer Volksmassen werden wir uns mit allen Kräften wehren müssen. Wir protestieren gegen eine solche Volksabstimmung! Hoffen wir nun auf den erneuten Ausbruch der Arbeiterklasse, auf die steigende Kraft der Arbeitergewerkschaften! (Lebhafter Beifall.)

Ueber das Kassengebahren und den Stand der Bundeshauptkassette berichtet der Bundesstatistiker Kollege Kober. Die Inflation hat auf die Kasse verheerend gewirkt. Im Jahresbericht 1923 verzeichneten wir einen Bestand von rund 360 000 Goldmark. Den ausstehenden Brudergewerkschaften haben wir es zu danken, daß durch ihre Opferwilligkeit die schlimmste Zeit überwunden werden konnte. Schamhaft an dieser Stelle unsere Verbundenheit von neuem begreifen. Die fortwährenden Lohnkämpfe beeinflussen natürlich die Kasseneverhältnisse sehr ungünstig. Nach Bekanntgabe der im Jahre 1924 gefällten Kasseneverhältnisse bemerkt der Redner, daß zugeht der Kassensstand zwischen 300 000 und 400 000 Goldmark schwankt. Reicher zu werden war uns angeht, die fortgesetzten Kämpfe nicht möglich. Die Beitragszahlung ist ungenügend. Auf ihre pünktliche Erledigung muß von allen Baugewerkschaften größter Wert gelegt werden. Alle Kräfte müssen zur Stärkung der Bundeskasse angepannt werden. Dann werden wir alle Widrigkeiten überwinden ausgenst der Mitglieder. (Beifall.)

Den Bericht der Schriftleitung erstattet Redakteur Schmitz. Er be dauert den durch Sparmaßnahmen verursachten geringen Umfang des „Grundstein“. Man sollte sich nicht scheuen, auch den Kapitalismus in den Dienst unserer Sache zu stellen, dadurch, daß wir Geschäftsangelegenheiten von ihm aufnehmen, soweit sie nicht antöndigen Charakter tragen. Wir würden dadurch in kurzer Zeit Einnahmen erzielen, die die Druck- und Sachkosten des „Grundstein“ bezahlten machen. Solche Verdienstmöglichkeiten sollten wir ausschöpfen. Die Anregung sollte dem Vorstand zur weiteren Prüfung überwiegen werden. Die Anträge, das Bundesorgan besser auszubauen, sind berechtigt. Vielleicht wird es gelingen, den „Grundstein“ bald achtfach herauszugeben zu können. Dann können schon manche Unzulänglichkeiten behoben werden. Heute ist es änderst schwierig, auch bei stürzender Beschleunigung der Berichte das Arbeitsrecht und Wissenswerte in der Sozialgesetzgebung, dem Arbeitsrecht, dem Bauarbeiterchutz usw. zu bringen. Im „Grundstein“ wird ferner die Hochhaltung der politischen Neutralität verlangt. Die ist bisher hochgehalten worden. Wenn die Antragsteller den Wahlaufruf zum 4. Mai meinen, der zur Wahl von Sozialdemokraten rief, so beachten sie nicht, daß es nach der Wahl viel auf dem Spiel für die Arbeiterklasse, tief einschneidende wirtschaftliche Dinge, an denen keine Gewerkschaft achtlos vorübergehen darf. Die politische Neutralität ist berechtigt, als es noch Unabhängige und Mehrheitssozialisten gab. Heute sind diese beiden zu Amsterdam haltenden Richtungen vereint. Dafür ist die sogenannte kommunistische Partei entstanden. Diese aber ist gegen Amsterdam und sabotiert die Arbeiterinteressen. Es sei mir erlaubt ihre Stellungnahme gegen das beabsichtigte Volksbegehren zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, ferner die Abstimmung im Reichstag über das Londoner Abkommen. In beiden Fällen geben die sogenannten Kommunisten mit den exzentratischen deutschsozialistischen Arm in Arm. Deshalb eine Mitgliedschaft gegen diese Einzelheit und Einigkeitstörer, denen es nicht darauf ankommt, Deutschland auf Befehl Moskaus zu einem wirtschaftlichen Zerrimberhaufen zu machen. Und wenn uns diese Zerrörer der Arbeiterinteressen angreifen, so ist es ganz natürliche publizistische Pflicht, ihnen auf die Finger zu klopfen. Ihre Schimpereien ahmen wir allerdings nicht nach, da lassen wir ihnen neidlos den Vortritt. Werfen Sie alle Anträge, die sich gegen den „Grundstein“ in dieser Weise wenden, in den Dreck durch Uebergang zur Tagesordnung. Dadurch dienen Sie dem Bunde am besten! (Lebhafter Beifall.)

Dann tritt die Mittagspause ein. Im nächsten „Grundstein“ wird über den weiteren Verlauf des Bundesstages berichtet werden.

Verbandsstag der Fachgruppe der Maurer.

Der Bundesvorstand, Kollege Paeplo, eröffnete am 9. Uhr vormittags den Verbandsstag. Als Leiter der Tagung wurden der Herr Herrmann, Herrmann und Herrmann als Schriftführer die Kollegen Abel, Hamburg und Bielig, Leipzig gewählt. Sodann führte Paeplo etwa folgendes aus: Die Maurer und Bauhilfsarbeiter hätten sich mehr als eigentlicher Baugewerksbund gefühlt und deshalb auch keine besondere Gruppenfähigkeit ausgebildet. Die Maurer haben — wie alle anderen Gruppen — an Mitgliedern verloren. Der Verbandsstag wird die Ursache hierfür zu untersuchen haben. Die Höhe der Beiträge könne hierfür nicht allein die Ursache sein. Vorstand und Beirat sind sich darüber einig, daß eine Beitragsermäßigung nicht möglich ist. Eine Gewerkschaft muß ihre Einnahmen nach der Notwendigkeit der Ausgaben gestalten. Die Finanzen sind das Maßstab der Gewerkschaften. Mit Begeisterung allein ist es nicht zu machen. Nur Kampforganisationen werden nie so viel Ausbeutungskraft ausüben, wie vielfach gelehrt wird. Die Organisation muß von Zeit zu Zeit einen Wappstein belegen

können, um sich zu stärken, sich zu erheben für neue Kämpfe. Auch unsere Kollegen wollen nicht dauernd in der einen Hand die Kelle, in der anderen Hand das Kampfschwert führen. Sie wollen wirtschaftlich vorwärts kommen. Unter der Kreditnot leidet besonders das Baugewerbe. Wollen wir einen Blick in die Zukunft werfen, so müssen wir davon ausgehen, daß die Regierungen uns erklärt haben, mit dem Beweß-Gutachten zu leben. Dadurch soll unter anderem eine Anleihe von 800 Millionen Mark ins Land kommen. Deutschland soll zu Reparationsleistungen fähig gemacht werden. Auch andere Geldleute werden Kapital nach Deutschland werfen. Das wird dem Baugewerbe insofern nützen, daß dann auch die Industrie wieder bauen lassen wird. Auch der Wohnungsbaubau wird nach und nach aufleben. Doch dieser keine Lichtblick wird vermindert durch schwarze Wolken. Deutschnationale verhandeln über Regierungsgelbe. Erneuter Brotzoll soll eingeführt werden. Viele uns bedrohenden Lasten erfordern eine sprunghafte Erhöhung der Zölle! Die Lohn- und Tariffragen werden in Gemeinamkeit mit den Bauhilfsarbeitern, im besten Kontakt mit dem Gesamtunbunde gelöst werden müssen. Niemand darf sich nur als Maurer oder nur als Angehöriger eines anderen Berufes fassen. Vor allem muß jedes Mitglied Baugewerksbundmann sein. Dabei sollen die rein sachlichen Fragen keineswegs vernachlässigt werden. Als solche wären zu bezeichnen die Frage der Putzarbeit. Viele Maurer sind Putzer geworden, das heißt, sie machen nur noch Berputzarbeiten. Man besteht bei den Bauunternehmern das Bestreben, ihr Tätigkeitsfeld zu erweitern. Diese Tendenz ist in den einzelnen Gegenden Deutschland verschieden weit gediehen. Aber aus jeder vielen Gegenden kommen Meldungen, daß Stukkateure Putzarbeiten als ihre Arbeit reklamieren. Zu diesen Dingen werden wir Stellung nehmen müssen, wenn sie sprunghaft geworden sind. Es handelt sich, organisatorisch betrachtet, um die Frage des Zusammenarbeitens mit anderen Gruppen. Die Aufgabe des Verbandsstages besteht ferner darin, neben den sachlichen Fragen zu den grundsätzlichen Fragen, die den Bund betreffen, Stellung zu nehmen. Der Verbandsstag wird seine Aufgabe erfüllen, wenn er in diesem Sinne arbeitet. Anschließend bittet der Herrmann, die gemeinsamen Fragen der Maurer und der Bauhilfsarbeiter heute nicht zu behandeln, um eine doppelte Besprechung zu vermeiden. Diese Fragen seien der gemeinsamen Tagung der Maurer und Bauhilfsarbeiter, morgen stattfinden, vorbehalten. Diesen Ausstellungen schließt sich Herrmann, Hamburg an und bittet den Verbandsstag, sich einer freiwilligen Ordnung dahingehend zu unterwerfen, daß er sich auf die den Maurern am nächsten liegenden Fragen beschränkt. Der Inhalt vieler Resolutionen werde sonach auf dem Bundesstag behandelt werden. Redner bespricht dann insbesondere die Affordarbeit, Lehrlingsarbeit, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, Fachgruppenbildung und Kampfmöglichkeiten der einzelnen Gruppen.

Eine besonders eingehende Ausprache wurde den Fragen der Affordarbeit, der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und der Fachgruppenbildung zuteil. Dabei kam in der Affordfrage allgemein zum Ausdruck, daß der Bund von sich aus regeln eingreifen müsse. Die beste Regelung ist die Tarifierung. Sie bietet die beste Gelegenheit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch bei dieser Arbeitsweise zum Nutzen der Gesamtgenossenschaft zu regeln. Die Affordarbeit im Reichsarbeitervertrag einfach freizugeben, wäre falsch. Durch Verbot ist die Affordarbeit nicht zu befehlen. Wir haben erlebt, daß in den Versammlungen die Arbeit in Afford verworfen wird, daß aber trotzdem der Afford immer mehr um sich greift. Er ist in einigen Orten direkt zu einer Plage geworden. Die Mitglieder des sogenannten Verbandes der Ausgeschlossenen sind durchweg willende Affordarbeiter. Nach einer Auslage eines ihrer „Führer“ arbeiten in Chemnitz rund 90% ihrer Mitglieder in Afford. Unsere Kollegen werden dort durch Unterbietung außer Arbeit gebracht. Zwar ist auch bei der Tarifierung nicht restlos die Gefahr beseitigt, daß noch Kollegen unter Tarif arbeiten. Aber im Regelfalle können wir dann die Kollegen nicht mehr beschuldigen. Sie werden uns die Affordarbeit vorlegen müssen. Bei Tarifierung der Affordarbeit in unserm Sinne werden wir erhaben, daß dann die Unternehmer bald überhaupt kein großes Interesse mehr an der Affordarbeit haben. Es erwacht sich, denn die Tarifierung zugleich als ein Mittel zur Bekämpfung der Affordarbeit. Bei der Tarifierung müsse selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß die Arbeitsnachweise nicht ausgeschaltet werden. Es müsse danach getrebt werden, daß nicht nur bei Lohnarbeit, sondern auch bei der Affordarbeit die Vermittlung der Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweise vorgekommen wird. Die Lösung dieser Fragen sei besonders schwierig in Orten, wo zwei Organisationen bestehen, besonders hinsichtlich der Zimmhaltung der im Affordtarif vorgelegenen Mindestpreise, worauf auf Grund seiner Erfahrungen Kollege Schmitz, Chemnitz noch besonders hinwies. Die Tarifierung der Affordarbeit soll dort keine Affordarbeit einführen, wo sie noch nicht besteht, sondern dort, wo in Afford gearbeitet wird, soll sie tariflich geregelt werden. Dieser Weg wird beschritten, wenn die Resolution des Bundesvorstandes zum Reichsarbeitervertrag vom Bundesstag angenommen wird.

In der Frage der Fachgruppenbildung wurde von fast allen Rednern betont, daß man hiermit gute Erfahrungen gemacht habe. In den Versammlungen solcher engerer Berufsgruppen sei der parteipolitische Streit verschwunden. Man beschäufte sich wieder eingehender mit den sachlichen Fragen des Berufes. Diese Befestigung ist heute in fast allen Berufsgruppen vorzunehmen zu bemerken. Auch der heutige Verbandsstag der Maurer im Baugewerksbund bewies, daß viele Sonderfragen zu klären seien, was in allgemeinen Mitgliederversammlungen nicht immer möglich ist. Der Vertreter des Bundesvorstandes, Kollege Herrmann, wies andererseits mit Recht darauf hin, daß behalt aber noch nicht überall die Fachgruppenbildung angebracht sei, sondern daß dies von Fall zu Fall entschieden werden müsse und in erster Linie abhängig sei von der Zahl der in der Baugewerkschaft organisierten Kollegen. Ein von Beirat gestellter Antrag, eine Reichsfachgruppe der Betonfacharbeiter zu gründen, lehnte der Verbandsstag ab.

Der Verbandsstag nahm auch Stellung zu den in letzter Zeit wieder auftretenden Bestrebungen, die Zugehörigkeit als eine Spezialarbeit anzupreisen, die von Stukkateuren übernommen werden soll. Hiergegen wandten sich besonders die

Wahl der 18 Abgeordneten zum Bundestag wurde Kollege Otto als Sachgruppenobmann einstimmig wiedergewählt. Als Beirat wurden die Kollegen Kaufinger, Meise, Tornow und Höfner gewählt. Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Weitere Beratungen sollen am nächsten Tage im Verein mit den Sachgruppen der Maurer und Bauhilfsarbeiter stattfinden.

Gemeinsamer Sachgruppentag der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter.

Am 2. September hielten die Abgeordneten der Maurer und Hilfsarbeiter eine gemeinsame Tagung ab. Sie wurde eingeleitet durch den Kollegen Paeplow, der an den Beginn seiner Ausführungen die Feststellung setzte, daß in dieser Tagung der alte Stamm des Baugewerksbundes wieder einmal befaßt sei. Wegen der Größe dieser 3 Gruppen dürfe es aber auch keinem etwas ausmachen, wenn die kleinen Gruppen den Mitgliederzahlen entsprechend stärker vertreten seien. Es muß vielmehr bei allen Konferenzen betont werden, daß wir bereit sind, ihnen einen entsprechenden Einfluß zu geben. Die Löhne werden die einzelnen Sachgruppen ja doch immer selber regeln. Auf die Sachgruppen ist unser Bund aufgebaut. Es ist aber nicht daran gedacht, innerhalb der großen Sachgruppen noch besondere Sektionen zu bilden. Ob zum Beispiel für das Betonfach, das mit den Fachern der Maurer und Hilfsarbeiter gleich eng verbunden ist, eine besondere Gruppe zweckmäßig ist, das muß uns die Zukunft lehren. Man darf nicht aus Augenblicksmeinungen heraus Sachgruppen aufbauen. Auch bei den Maurern brauchen kaum besondere Sachgruppen gebildet zu werden; denn man kann nicht für alle sich ergebenden Spezialgruppen gleich Sachgruppen formen. Solches Vorhaben könnte zur Zersplitterung führen. Bei der Wahl zur Vertretung muß darauf geachtet werden, daß alle Gruppen vertreten sind. Bei der Wahlkreisinteilung muß entsprechend verfahren werden. Was in dieser Hinsicht für Maurer und Hilfsarbeiter gilt, muß für alle Gruppen und für die Bezirkstage gelten.

Dann spricht Werner über die Betriebsvertretung. Die Tätigkeit der Baudelegierten ist heute bedeutend wichtiger als früher. Wir haben zwar ein Betriebsrätegesetz, aber die große Milderung ist zum Teil Theorie, sie kommt in der Praxis nicht zur Anwendung. Wir haben schon 1919, also vor dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes, Bestimmungen im Tarifvertrage gehabt, die später in das Gesetz übernommen sind. Wir haben uns aber auch Rechte erkämpft, die über die vertraglichen Bestimmungen hinausgehen. Unser Vertrag erhielt durch das Betriebsrätegesetz für seinen Geltungsbereich Gesetzeskraft. Im letzten Jahre sind nicht immer die Rechtsfragen so durchgekämpft worden, wie nötig, weil der Kampf ums tägliche Brot vielerorts das behinderte. Heute haben wir keinen für allgemein verbindlich erklärten Reichstariftarifvertrag. Für uns kommt jetzt nur das Betriebsrätegesetz in Betracht. Alle übrigen Vertretungen bestehen nicht zu Recht. Wir müssen uns fügen auf die §§ 66, 78 und 92, für die Wahlen auf § 23 des Betriebsrätegesetzes usw. Der Schutz der Delegierten im Delegiertenauswahlgang sollte immer reiflos durchgeführt werden. Der § 66 des Betriebsrätegesetzes bestimmt, daß beim Ausschleiden eines Mitgliedes aus der Betriebsvertretung auch seine Mitgliedschaft in den übrigen Körperschaften erlischt. Wir müssen uns jetzt die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes für unsere Vertretungen zu eigen machen. Die §§ 66 und 71 geben uns den nötigen Rückhalt. § 72 kommt nur für die ganz großen Betriebe (über 300 Beschäftigte) in Frage. Es müssen jetzt überall Vorträge über das Betriebsrätegesetz gehalten werden. Wir müssen alle Bestimmungen für allgemeinverbindlich erklären lassen. Dann fallen diese unter § 62 des Betriebsrätegesetzes; das Betriebsrätegesetz tritt damit automatisch außer Kraft und dadurch dann das alte Verhältnis wie unserm Reichstariftarifvertrag wieder ein. Die Erledigung der Streitigkeiten hat viel Zeit der Angelegten in Anspruch genommen. Wenn auch der Baudelegierte in vielen Fällen allein die Austragung der Streitigkeiten durchführen kann, so ist es immer besser, wenn der Vereinsvorstand die Sachen durchführt im Interesse der Baudelegierten. Die Schlichtungsbeordnung darf heute nicht außer acht gelassen werden. Wer zuständig ist, sagt § 1 Absatz 2 dieser Beordnung. Redner erläutert dann die neue Gerichtsbarkeit. Auch die Beordnung über Betriebsstilllegungen kommt vielleicht diesen Winter für uns in Betracht. Auch für das Baugewerbe soll diese Beordnung angewandt werden. Die Kommunalwesen dieser Beordnung sind verschiedener Meinung. Wir werden diese Beordnung für uns nutzbar machen müssen. Alle Urteile und Entscheidungen müssen abschließend dem Bundesvorstand einersandt werden. — Der Bauarbeiterzuschuß muß wieder mehr im Vordergrund unserer Arbeit stehen; denn das heutige Wirtschaftssystem neigt zur Winderung und Vernachlässigung des Arbeiterzuschußes. Wer auch die Arbeiter selbst dürfen nicht leichtfertig mit Vere Osmünde umgehen. Man denke nur an den Verstand usw. Wir haben leider noch kein Reichsbauarbeiterzuschußgesetz. Schon 1903 wurde ein entsprechendes Gesetz erlassen. Ebenso 1921. Doch von beiden haben wir nichts wieder gehört. Wir müssen die Behörden treffen, wenn sie nicht wollen. Von den Baukontrollen sind in letzter Zeit eine große Zahl abgebaut. Von 16 Baukontrollen sind jetzt nur 118 kontrollieren geblieben. Jetzt erst muß ein inniges Zusammenarbeiten aller Reichstage. — Mit allen Gruppen verhandeln wir, um den Bauarbeiterzuschuß zu heben. Im Jahre 1922 haben die Bauarbeiterzuschußkommissionen, 425 Betriebsrätezentralen und 1400 Treue-Komitees des RWB. Diese Zahlen müssen zum Wachen anzuregen. Aber nicht nur Reichstage, sondern besser machen. — Auch die Betriebsräte müssen mit uns Arbeiter bekannt werden. Das Einbringen in der Praxis ist nötig. Redner kritisiert einen Artikel Marcks in der Arbeiter. Wir müssen uns Kenntnisse der praktischen Betriebsführung aneignen. Praktische Betriebskenntnisse sind dringend nötig als Vorarbeit für die Neue. Die Schaltung der Baudelegierten muß in

verstärktem Umfange vom Bund betrieben werden. Das wird beim Wiedergewinnen des Bundes möglich sein. Alle entsprechenden Anträge an den Bundestag müssen unterstützt werden. Die Arbeitsrechtsfrage muß mehr als anders im „Grundstein“ behandelt werden. Unsere Baudelegierten müssen aber auch eifrig für die Ausbreitung des Baugewerksbundes arbeiten. Die Baudelegierten müssen gewerkschaftliche Grundzüge maßgebend sein lassen bei all ihrem Tun und Lassen.

In der Aussprache hält Kollege Otto eine Abänderung des Betriebsrätegesetzes für erforderlich; es paßt nicht für das Baugewerbe. Es muß eine Zentralstelle für die Zusammenfassung der Delegierten geschaffen werden. Diese Stelle kann nur der Bundesvorstand sein. — Aus der Entwicklung der Bauwirtschaft heraus ergibt sich die Bildung von Sachgruppen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maurer, Hilfsarbeiter und Erdarbeiter müssen gemeinsam durchgeführt werden.

Krause, Berlin, betont, daß alle Gruppen zusammenwirken müssen, um gegenseitig ihre Lebenslage zu heben. Bauhilfsarbeiter und Maurer sind eins. Die Maurer müssen mit dafür sorgen, daß alle Bauhilfsarbeiter der Organisation zugeführt werden. Am schlechtesten geht es bei den Affordmaurern aus. Wir werden die Affordarbeit nicht verschüchtern können. Sie muß tariflich geregelt werden, so schwer es auch sein möge. — Die Löhne der Tischbauarbeiter müssen dem Hochbauarbeiterlohn engstens angepaßt werden. Zwischen diesen beiden Gruppen darf keine Spaltung eintreten. — Eine Reichsgruppe der Betonarbeit ist notwendig, vielleicht im Anschluß an die Reichsgruppe der Tischbauarbeiter. Der Bundesvorstand möge diese Angelegenheit als dringlich behandeln und für kommende Tagungen vorbereiten. — Es muß darauf hingewirkt werden, daß bei den als Notstandsarbeit ausgeführten Bauarbeiten der Tariflohn zu zahlen ist. Die Bauhütte Berlin beschäftigt Notstandsarbeiter unter Tariflohn. Die Bauhütten dürfen solche Arbeiten nicht übernehmen, sie sollen sich an der Vergütung solcher Arbeiten nicht beteiligen. Der Mitgliederzugang ist mit auf das Verlangen vieler Baudelegierten zurückzuführen. Das gilt auch für die Angehörigen anderer Berufe, die als Facharbeiter weniger verdienen als die Hochbauarbeiter.

Rosenzweig, Gohlens, will kein getrenntes Vorrecht der 3 größten Gruppen des Bundes, weil die Interessen aller 3 Gruppen ineinander ausgehen. — Der „Grundstein“ muß in arbeitsrechtlicher Beziehung ausgestaltet werden. — Wir müssen auf die Gesetzgebung einwirken, daß die Pflichtleistung zur Erwerbslosenunterstützung auch den Arbeitern wieder zugute kommt. Das tritt bei den als Notstandsarbeiten deklarierten Bauarbeiten in Erscheinung.

Rupfer, Osnabrück, verlangt, daß die Baudelegierten in wirtschaftlichen Fragen unterrichtet sein müssen. Wir müssen unser Interesse mehr den Fragen des Reichswirtschaftsrates, der Bezirkswirtschaftsräte zuwenden. Der Reichstariftarifvertrag muß mit größter Aufmerksamkeit kommen, sich gegen der Betriebsräte. Redner wünscht Richtlinien für die Baugewerkschaften auf tarifvertraglichem Gebiete.

Aus der weiteren Aussprache geht hervor, daß das Bedürfnis nach Errichtung besonderer Sachgruppen nicht in allen Bezirken gleich ist. In einer Anzahl Orte halten unsere Kollegen sie für zweckmäßig, in anderen nicht. Es wurde sogar von einem Redner betont: die Maurer und Zementfacharbeiter können recht gut in gemeinsamen Sachgruppen zusammen arbeiten. Wenn man aber Schornsteinmaurern eigene Sachgruppen zugesteh, so gebühre den Zementarbeitern das gleiche. Weiter wurde angeregt, den Baudelegierten sollte eine Schlichtungsordnung ausgeschrieben werden. Die Notwendigkeit, für den Bauarbeiterzuschuß zu wirken, wurde in der Aussprache besonders oft hervorgehoben.

Paeplow sagt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen. Nicht aus gewerkschaftlichen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen müssen Gruppenbildungen vorgenommen werden. Bei Maurern und Hilfsarbeitern wäre das Gewerkschaftliche in Frage. Das wirtschaftliche Bedürfnis zur Bildung von Sachgruppen tritt bei ihnen stark zurück. Nichtbestehender können bestimmte Fragen gesondert in Versammlungen besprochen werden. Dazu braucht man nicht eine ständige Trennung. Maurer und Hilfsarbeiter sollen jetzt auch je eine Vertretung im Bundesvorstand haben. Die besonderen Verhältnisse im Tiefbau erfordern noch lange eine besonders geartete Organisation der Erdarbeiter. Alle Gruppen aber werden angepaßt im Rahmen des Baugewerksbundes zum Nutzen aller Bauarbeiter. — Die Abstimmung ergibt die einstimmige Auffassung der vereinigten Sachgruppentagung im Sinne dieser Auffassung.

Zum Reichstariftarifvertrag führt Paeplow noch aus, daß wir in der Frage der Affordarbeit mit unsern bisherigen Beschlüssen nicht gut gefahren sind. Trotz Ablehnung in Versammlungen ist die Affordarbeit heute zu einer Gefahr für uns geworden. Wir müssen bei unsern Beschlüssen diesen Tatsachen Rechnung tragen. Redner verteidigt die Ziffern 4 und 5 der Entschliessung zum Reichstariftarifvertrag. In der Fortkriesszeit waren wir froh, wenn die Spanne von 10 % zwischen Sacharbeiterlöhnen und denen der Hilfsarbeiter und Zungehörigen gehalten werden konnte. In der Inflationszeit war die Spanne fast verschwunden. Mit der Stabilisierung kam die Spanne wieder. Wenn die Sachgruppen dem Bundesvorstand die Ermächtigung zum Vertragsabschluß geben, dann wird weiter verhandelt werden. — Die Ermächtigung wurde unter dem Vorstand genannten Bedingungen gegen 3 Stimmen erteilt.

Paeplow erläutert darauf das vom Bundesvorstand neu beantragte Vertretungssystem und die übrigen Anträge zum § 12 der Bundesfassung. Gegen 4 Stimmen wird dem Anträge zugestimmt. — Die Entschliessung zum Verbandswesen wurde einstimmig angenommen. Ferner werden angenommen die Entschliessungen zur Notstands- und Pflichtarbeit und zur Arbeitsdienstpflicht. Zum

Schlichtungsweisen und zum Bauarbeiterzuschuß werden ebenfalls die Entschliessungen des Vorstands einstimmig angenommen. Zur Sozialisierung beschließen die vereinigten Sachgruppen mit allen gegen 11 Stimmen, die von den Verbandsorganen des Bauarbeiterverbandes beschlossenen Mittel auch in Zukunft anzuwenden. — Nach Abschluß einer Heinen Kommunitätenabende verlangt Paeplow die Durchführung der Vereinbarung an die Verbindung zu knüpfen, daß eine gewisse Anzahl werkschaftlicher Beiträge geleistet ist. — Brandt, Bunsau, will die Sterbenerstützung auch ohne Belege ausbezahlt wissen. Wegen wenige Stimmen wird beschloßen, die Erwerbslosenunterstützung sobald wie möglich wieder einzuführen. Paeplow sagt das Ergebnis der Arbeiten zusammen. Da die Entschliessung gegen Kommunitätenabende im Jahre 2 Mitglieder Widerspruch gefunden hat, so sei dazu folgendes bemerkt: Der Bundesvorstand hat seine Freude am Anschluß. Es ist auch falsch, zu glauben, daß die ausgeschlossenen sämtlich Kommunitäten sind. Keiner wird wegen seiner politischen Gesinnung ausgeschlossen. Nur wenn die Träger solcher Gesinnungen sich als Störenfriede aufführen, wenn sie versuchen, die Beschlüsse ihrer Partei bei uns durchzuführen, dann bleibt nichts anderes als der Ausschluß übrig. Im übrigen haben wir tüchtige Arbeit geleistet, sie wird zum Wohle des Bundes ausgeschlagen, wenn alle Abgeordneten in ihren Heimatsorten im Sinne der Beschlüsse wirken. Den Kollegen glückliche Heimkehr wünschen, schließt der Kollege Paeplow dann die gemeinsame Tagung.

Verbandsstag der Sachgruppe Bau-Werkmeister.

Mit Zustimmung sämtlicher Abgeordneten wurden der Obmann der Reichsgruppe, Kollege Peters, und der Kollege Wiese zu Vorsitzenden bestimmt und Kollege Kollerer zum Protokollführer. Die Bezirksverbände Königsberg und Stettin sind leider nicht durch Abgeordnete vertreten. Außer den Abgeordneten waren noch die Mitglieder des bisherigen Rates anwesend. Kollege Peters gab den Bericht über die Entwicklung der Reichsgruppe und über die Tätigkeit seit der letzten Sachgruppenversammlung für alle die Schirmherren, die sich bei der Gründung der Sachgruppe ganz natürlich ergaben. Es geht bei uns der Berufstätigkeit, ohne besondere Kenntnisse der Verwaltungsfachheit, in diese Gewerkschaftsarbeit hineingegangen. Er habe als Gewerkschafter nicht nur Bau-Werkmeister sein können, sondern mußte zugleich auch Baugewerksobmann sein. Das alles hätte erst ein umfangreiches Einarbeiten in diese, für ihn neuen Aufgaben nötig gemacht. Unter diesen Umständen sei es begreiflich, wenn die Kollegen nicht immer mit allem einverstanden gewesen seien. Als am 8. Mai 1921 der Obmann gewählt war und damit die Reichsgruppe ins Leben trat, erwartete sofort der Argwohn beim Publikum. Es gab Auseinandersetzungen vor dem RWB, die bald zur Einsetzung eines Schlichtungsgerichtes führten. In den Verhandlungen habe er selbst nicht teilgenommen. Es wurde aber dahin entschieden, daß es dem Bauarbeiterverband nicht verwehrt werden könne, die bei ihm organisierten Poliere und Schichtmeister in einer Reichsgruppe zusammenzufassen. Damit entstand schon eine Feindschaft zwischen diesen beiden Organisationen. Die erste Aufgabe sei die Werbearbeit in Wort und Schrift gewesen. Schon in der ersten herausgegebenen Schrift sei alles gesagt gewesen, was für diese Arbeit notwendig war. In erster Linie handelte es sich darum, die durch die entstehenden Verhältnisse auseinandergebrachten Gruppen der Poliere und der Bauarbeiter wieder zusammenzuführen und Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen, das auch Kollegialität und Zusammengehörigkeitsgefühl bewirkt. In dieser Richtung wurde bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch auf die übrigen Bauarbeiter eingewirkt. Der Versuch, von vornherein eine einheitliche Polierorganisation zu schaffen, scheiterte an der abweichenden Haltung des Polierbundes. So blieb nichts anderes übrig, als für den Baugewerksobmandanten im Gegensatz zum Polierbund zu wirken. Aus den Reihen des Polierbundes sind die Oppositionsbestrebungen in unserm Bund ausgiebig zu demagogischer Agitation ausgenutzt worden. Trotzdem habe es der Reichsobmann immer vermieden, persönlich zu werden, und wenn dieser oder jener manchmal der Ansicht gewesen ist, daß allzu scharfe Ausdrücke in polemischen Zeitungsartikeln gebraucht worden seien, dann kann das nur daran liegen, daß diese Kollegen keine Gelegenheit hatten, das zu sagen, was von der Gegenseite geschrieben worden ist. Das Vertrauen, das wir diesen Leuten entgegengebracht haben, ist von ihnen mißbraucht worden. Sie haben uns die gewerkschaftliche Art abzulaufen gesucht; in Wirklichkeit aber sind sie geblieben, was sie vorher waren. (Sehr richtig! Gelbes) für uns sind sie gefährlicher als die Unternehmer, weil sie sich hinter ihrer Jugendlichkeit zur freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verteidigen. Wir können den Polierbund nur noch als Gegner betrachten und werden dementsprechende Maßnahmen beschließen müssen. Eine umfangreiche Tätigkeit verurachten die Bewegungen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse. Viele Lohnbewegungen wurden geführt werden, um die prozentualen Zuschläge zu erzwingen. Zu Straßensführten diese Bewegungen bei weitem nicht alle. Besonders Beachtung gewann die Bewegung in Rheinland-Westfalen im Januar 1922, so daß dort die Anwesenheit des Obmannes notwendig wurde. Es handelte sich um den Versuch der Unternehmer, die prozentualen Zuschläge von 25 % auf 15 % herabzusetzen. Vor allen Dingen mußten wir hierbei die Auffassung zur Anerkennung bringen, daß man um einer so kleinen Gruppe willen, zumal mitten im Winter, keinen allgemeinen Kampf einzuflehen könne, das man versuchen mußte, mit einzelnen Bauarbeitern daselbst zu erreichen. Zum großen Teil haben wir es unseren Kollegen, den Bauarbeitern, zu verdanken, daß in diesem Kampfe unsere Beschlüsse über die Durchführung der Bauarbeiten von den Bau-Werkmeistern imgehalten wurden und so der Angriff der Unternehmer abgefangen werden konnte. Weitere Lohnbewegungen gingen unter in dem allgemeinen Kampf, den der Baugewerksbund ständig um die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung führen mußte. Die besonderen Bewegungen der Bau-Werkmeister, die bis zum Frühjahr 1922 geführt wurden, sind alle gut vertraut und haben gezeigt, daß auch die Gruppe der Bau-Werkmeister im

zu lösen. Da die Bestände der Gewerkschaften durch den langwierigen Kampf geschwächt und nicht infand waren, das nötige Kapital aufzubringen, gründete man die Produktionsgenossenschaften in der Form von Aktiengesellschaften. Die Aktien, die meistens auf 10 bis 25 Kronen lauteten, konnten von den Berufslosen auf Veranlassung erworben werden, der Rest des benötigten Kapitals wurde von den betreffenden Gewerkschaften aufgebracht. Die Aktien sind inzwischen eingelöst worden und damit in den Besitz der betreffenden Gewerkschaft gekommen.

Seit der Gründung sind nun 25 Jahre vergangen. Während dieser Zeit haben die Gewerkschaftsbetriebe Schwierigkeiten mancherlei Art zu überwinden gehabt. Kapitalmangel, Mangel an geeigneten Betriebsleitern, Krisen und vielerlei andere Schwierigkeiten bedrohten manchmal den Bestand der Betriebe, sie haben sich aber durch alle Schwierigkeiten hindurchgearbeitet und stehen jetzt da als große, konkurrenzfähige und angesehenen Unternehmen. Während der Zeit ihres Bestehens haben sie viele große private und öffentliche Arbeiten ausgeführt, ihr hauptsächlichstes Betätigungsfeld war aber die Ausführung von Bauten für die Arbeiterwohnungsvereine. Die Produktionsgenossenschaft der Bauführer wurde mit einem Aktienkapital von 2500 Kronen gegründet. Bei der Gründung wurden 6 Mann beschäftigt, jetzt dagegen 150 Mann oder 12 % aller Bauführer in Kopenhagen. Der Jahresumsatz betrug 1923 1 1/2 Millionen, 1920 sogar 2 1/2 Millionen Kronen. Das Aktienkapital beläuft sich jetzt auf eine Viertel Million Kronen, sämtliche Aktien sind im Besitz des dänischen Tischlerverbandes. Die Gesellschaft betreibt auch die Sargfabrikation und unterhält eigene Verkaufsstellen in Kopenhagen.

Die Produktionsgenossenschaft der Zimmerer wurde mit einem Kapital von 20 000 Kronen gegründet, wovon jedoch nur 5000 Kronen eingezahlt wurden, davon 2000 Kronen von der Gewerkschaft der Zimmerer. Diese Gesellschaft hat gleichfalls während ihres Bestehens eine Reihe von großen öffentlichen und privaten Bauarbeiten ausgeführt. Der Betrieb ist einer der größten seiner Art im Lande.

Von der Produktionsgenossenschaft der Maurer gilt dasselbe. Die Gewerkschaft beschäftigt jetzt über 100 Arbeiter, der Jahresumsatz 1.1.1923 über 2 Millionen Kronen. Alle 3 Genossenschaften haben den Tag ihres 25-jährigen Bestehens gefeiert. Es ist zu hoffen, daß sich die Unternehmen auch weiterhin günstig entwickeln werden zugunsten der Arbeiter und als Beweis für die schaffende Kraft des Genossenschaftsgedankens.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Hannover. Im den Kampf der Bauarbeiter im Bezirk Minden, Bielefeld und Lippe zu beenden, fanden am 19. August Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Bielefeld statt. Stundenlang wurde die „Schulfrage“ behandelt. Ein Versuch, die streikenden Parteien in der Lohnfrage näherzubringen, wurde von Vorstehenden nicht gemacht. Dem Herrn war das Wort Schlichtungsausschuß sicher noch nicht geläufig. Zuletzt wurde folgender Schlichtungsversuch unternommen: „Die bisher an den Bezirksstellen beteiligten Parteien haben unverzüglich in Verhandlungen über die Lohnfrage einzutreten. Führen die Verhandlungen bis zum 27. August zu keinem Ergebnis, so entscheidet der staatliche Schlichtungsausschuß über die Lohnfrage.“ Die Parteien stimmten diesem Spruch zu und verhandelten am 23. August ohne jeden Erfolg, die Unternehmer lehnten jede Lohnverbesserung ab. Hierauf tagte der Schlichtungsausschuß erneut. Nach stundenlangem Aussprache, wobei sich die Parteien in der Lohnfrage keinen Schritt näherkommen, verständete der Schlichtungsausschuß nach einstündiger Beratung dem Sinne nach folgendes: „Der Spruch vom 19. August besteht noch, die Frist bis zum 27. August ist nicht abgelaufen, demnach sind noch nicht alle Möglichkeiten der Verhandlung erschöpft.“ Da dieses Spruches machten die Unternehmer recht vernehmliche Schritte, um selbst dünkte, daß noch niemals ein so lakonischer Spruch wie dieser gefaßt worden sei. Die Parteien sollten also, obwohl sie schon ohne jedes Ergebnis verhandelt hatten, dies noch einmal tun, nur um die Frist innewahnen. Immerhin teilten wir dem Unternehmerverband mit, daß wir für die Lohngruppen 2 bis 6 eine Lohnverbesserung von 12 % beanspruchten und ersuchten um Verhandlung. Die Antwort war ablehnend. — Bei den Verhandlungen waren die Unternehmer des Aussperrungsgebietes auch erkannt, daß sie eine Lohnverbesserung zahlen müßten, wenn der Kampf beendet werden solle. Der Kampf ist nun zum Wackeltanz geworden. Es können noch Wochen vergehen, ehe eine Verständigung zwischen den Parteien möglich sein wird. Wir ersuchen die Kollegen, das Aussperrungsgebiet zu meiden.

Aus den Baugewerkschaften.

Frankfurt a. M. Zahlstelle Hanau. Wir sehen uns veranlaßt, die Arbeitgeber und Geschäftsleute zu kennzeichnen, die antilich des letzten Bauarbeiterstreiks in Hanau die Streikenden, insbesondere die Streitleitung recht unverschämte behandelt haben. So glaubte Herr Franz, Teilhaber des Bau- und Zimmergeschäftes Franz, seinen brutalen Herrenstandpunkt dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß er den Vorstand der Ortsverwaltung Hanau, der die Bauleitenden zu einer Sitzung einladen wollte, mit Sinauswurf bedrohte. Die Arbeiter waren doch klüger als Herr Franz und sind gegangen. Gleichfalls sollten sich die Bauarbeiter diesen eblen Arbeiterfreund merken. — Der Fuhrunternehmer G a n b u c h in Hanau glaubte, als kleiner Gemeindegroßvater gehen zu müssen, indem er einen Streikpostenkontrolleur mit Säurebrenn und Prütteln bedrohte, obwohl der Kollege gar nicht das Baugelände betreten hatte, sondern nur an der Straßenecke ging. Auch diesen Mann sollten sich die Bauarbeiter Hanaus merken. — Einen Vorfall bei der Firma Anthes, Buchfabrik (Zugabe Herr B e i s e), wollen wir diesmal nicht veröffentlichen. Dem Herrn ist aber gesagt, daß er sich in der Zukunft bei denartigen Gelegenheiten etwas anders einstellen darf, denn schließlich offen auch die Arbeiter ihre Brust. — Jedem, der Arbeiter haben sich als Streikbrecher hergeben: Johann Samuel, Heinrich Sammel, Winter, Sternmann, Heinrich Gumm, Trappner, August Fischer, Johann Adam, Wilhelm Göttsch, W. K. Koberger, Wradler, Trupp und Haber aus

Für die Woche vom 7. bis 13. September ist der 37. Bundesbeitrag für 1924 zu zahlen.

Hanau a. M., Heiliger aus Groß-Alheim, Gathof, Karl Fischer und Klein aus Klein-Alheim, Jakob Linger aus Dillheim, Wilhelm Jäger, Georg Hochstadt aus Windecken, Heinrich Ghens aus Marxthal, Gebr. Utermann aus Bernbach bei Gelnhausen, Pannmüller aus Gelnhausen, Jean Börner, August Müller, Adam Göttsche aus Langendiebach, Johann Göttsche, Wilhelm Preis, Johann Weidenbach, Wilhelm Weidenbach und Konrad Göttsche aus Langenfeld, Ludwig Wirt aus Kahl a. M., Marg (Schloffer) aus Frankfurt a. M., Sebastian Gau (Schloffer) aus Hanau, Schmidt (Zimmermann) aus Nollach bei Gelnhausen, Heinrich Adam, Nikolaus Kronenberg (Schneider) aus Hanau, Rieder aus Niederrodobach. Die Arbeiterkraft soll diese Leute kennen, um sie bei geeigneter Gelegenheit auf ihre verräterische Handlungsweise aufmerksam zu machen.

Aus den Fachgruppen. Feuerungs- und Schornsteinmurer.

1. Lohnfestsetzung für alle Feuerungs- und Schornsteinmurerarbeiten. Auf Grund des vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für Feuerungs- und Schornsteinmurerarbeiten vom 14. August 1924 sind für die Zeit vom 28. August bis 1. Oktober 1924 nachfolgende Löhne festgesetzt:

Der Reichsgrundlohn errechnet sich auf 74,8 M. Danach betragen die Löhne in Pfennigen, einschließlich Gehaltszuschlag:

	A	100	105
Feuerungsmaurer	82	100	105
Feuerungsbesetzer	79	95	100
Schornsteinmurer	94	118	119
Schornsteinmurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	91	111	116
Schornsteinbesetzer	86	104	109

Die Fabrikationsabgabe beträgt allgemein gemäß V. D. 50 des Vertrages: Eisenbahnfahrpreis + 3/4 für jedes zurückgelegte Kilometer. Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumauerlohn einerseits und Hocharbeiterlohn andererseits soll betragen sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5 %, der Schornsteinmurer stets 10 % über den Hochbaumauerlohn erhält. Gelfer erhalten in diesem Falle Hochbaumauerlohn. Gehaltszuschlag, Beleggeld sind mit einbegriffen.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Gelbst. Wir fühlen das Bedürfnis, einmal einen Bericht über unsere Lage im „Grundstein“ zu geben. Bei Beginn des vorigen Jahres litten die Töpfer unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Bei den Demosnern der Schießlichen Dienstfabrik sind sogar im Oktober die Beschäftigten auf einen Tag jede Woche. Nach der Stabilisierung der Währung kamen die Kollegen vorübergehend zur vollen Beschäftigung, im zeitigen Frühjahr jedoch griffen die Demosnieren wieder zur Kurzarbeit. In der Schießlichen Dienstfabrik ist die Wochenarbeitszeit bei Formern und Drehern wieder auf 4 Tage herabgesetzt. Auch die Demosner müssen vielfach aussetzen. Diese ungunstige Lage drückt naturgemäß auf die Löhne. Nach Stabilisierung der Währung erhielten wir 70 % des Vorkriegslohnes. Nach vielen Verhandlungen, auch nach Streik, ist nunmehr der Lohn der Demosner vom 9. August an der Vorkriegsnominallohn, die Formier erhalten 85 und 90 % des Tarifs von 1922. Leider werden diese Lohnzulagen durch die fast chronische Kurzarbeit bedeutend entwertet. Da wird es nötig sein, die etwa eintretende günstigerer Konjunktur voll auszunutzen, um Verlorenes wiederzugewinnen. Die Ferien der Demosner Schießlichen sind für dieses Jahr sowieso verloren. Unsere äußerst rückhaltlosen Unternehmer begründen ihre ablehnende Haltung in dieser Frage damit, die Kurzarbeit bringe Ferien genug. Im übrigen seien Ferien „unproduktiv“. Des letzteren ist wohl der „Gaußgrund“ der Ablehnung. Was brauchen denn Arbeiter Ferien! Unter solchen Umständen muß es um so mehr wundernehmen, daß manche Nachkommen die Organisation schwächen. Denn nur festerer Zusammenhalt kann uns neue Erfolge bringen. Da ist ein Mann, des Namens R i t t e r, der erklärt, daß er den Verband nicht brauche. Er ist Hausbesitzer und Zigarrenhändler. Erhaben er ist nicht zu stolz, das, was die Organisation erzieht, auch für sich in Anspruch zu nehmen. Man sollte sich nicht wundern, Kollegen, solche Menschen laßt man liegen, denn sie gehören nicht zu uns. Da sie unter den Töpfern jetzt das Restanten unweilen eingeschlichen hat, wurde beschloffen, daß bei den Töpfern wieder ein Töpfer laßieren möge. Wir versprechen uns davon eine Besserung. Wir werden überhaupt einen festeren Zusammenhalt der Töpfer unseres Lohnbezirktes erstreben müssen; wie es heute liegt, bleibt manches zu wünschen übrig. Wir erwarten nun noch, daß alle Schritte unternommen werden, um den Töpfern aller Art in ganz Deutschland wieder die Ferien zu sichern. In dieser Richtung muß alles, was möglich, geschehen. Denn wir wollen vorwärts!

Rheinland und Westfalen.

Alle sugsereisten Kollegen sind verpflichtet, sich in ihren Fachgruppenabschleusen zu melden. Damit wir einen Überblick über die Zahl der dort arbeitenden Kollegen bekommen.

Einem Demosner stellt sofort ein, bei freier Station, Ernst Friedrich Schneider bei Neustadt (Westf.).

Schärfster Demosner gesucht, der selbständig und sauber arbeitet. Erfahrung in Maschinenarbeiten erwünscht. Fr. Rothmann, Demosnschäft, Markt in Eidenburg.

Einem durchaus selbständig arbeitenden Demosner sucht Carl Momme, Zugsvermesser, Bad Salmungen, Westfalen.

Suche vor sofort auf dauernd 2 arbeitende, selbständig arbeitende Demosner sowie einen perfekten Maschinenleger. Konrad Kobi, Darmstadt, Wittelsstraße 22.

2 tüchtige Demosner für sofort gesucht. Franz Lehmann, Zugsvermesser, Neustadt a. S., Engelsberg.

* Für Berlin und Hamburg wurde der zuerst gültige Erlaß vom 20. des Monats August 1924, zugrunde gelegt und hierauf der tarifmäßige Zuschlag (10 %, 5 %, 2 1/2 %, 2 1/2 %, 10 %) berechnet. Vom 23. August an tritt die erhöhte Lohnveranschlagung in Kraft.

Vom Bau.

Berlin. (Angriffsfall.) Am 26. August ereignete sich auf der Baustelle G e p e n i e r, „Gangflur“, ein Unfall, dem unser Mitglied, der Student Paul F r e i s c h a m m e l, zum Opfer fiel. F r e i s c h a m m e l führte mit seinem Kollegen Caspar Ausbesserungsarbeiten (Masse in der Route) aus. Die Mischung bestand aus einer Stehleiter und einem Splintbock, über die eine Bohle gelegt war. Auf dieser sogenannten Mischung in Höhe von 2,50 m war F r e i s c h a m m e l beschäftigt; sein Kollege hatte unten zu tun. Nach Ausschlag des Kollegen muß F r e i s c h a m m e l beim Übersteigen eines auf der Bohle stehenden Eimers einen Schwindelanfall bekommen haben; er stürzte von der Bohle und schlug mit dem Kopf auf den Zementfußboden. Ein bestimmungsloses Zustande wurde er nach dem Krankenhaus gebracht, wo er, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, verstarb. F r e i s c h a m m e l war verheiratet und stand im Alter von 45 Jahren. — Dieser Unglücksfall muß für alle eine Lehre sein. Er zeigt, daß es notwendig ist, auch bei kleinen Arbeiten eine Mischung zu verlangen, die so beschaffen sein muß, daß derartige Unglücksfälle vermieden werden. **Berlin. (Angriffsfall.)** Einer unserer besten Kollegen, B a u l H o p f e, ist einem tragischen Unglücksfall zum Opfer gefallen. Als Transportführer war er mit 8 Arbeitern damit beschäftigt, ein etwa 8 Zentner schweres Schuttmittel auf Rollen fortzuführen. Durch irgend einen Zufall kam das Gelände über Rollen, Hoppe wollte es halten, kam dabei zu Fall, schlug mit dem Kopf auf einen Eisenträger, und das Gitter stürzte so unglücklich auf Hoppe, daß es ihm den Kopf zerquetschte. Der Tod trat sofort ein. — Hoppe war ein getreues und allzeit eifriges Bundesmitglied. Die Snaalfelder Kollegenchaft betrauert seinen frühzeitigen, tragischen Tod aufs tiefste. Ein ehrendes Andenken ist ihm sicher.

Allgemeine Rundschau.

Wie man unsere Bauführer bei Vergabung von Arbeiten anzuschauen sieht. Dafür ist ein Vorgang in Thüringen besonders bezeichnend. Dort wird bei Eisen nach zur Ausführung der Bauarbeiten der Verarbeiten wurde der Bauhüttenbetriebsverband Thüringen nicht zugelassen. Bei der Vergabung der Beton- und sonstigen Bauarbeiten konnte man den Bauhüttenbetriebsverband nicht ausschalten, hier lag noch eine Verfügung der früheren thüringischen Regierung vor; das Angebotsergebnis war, daß der Bauhüttenbetriebsverband mit 375 652 M. als billigster aus der Bewerbung hervorging. Ihm am nächsten stand die Firma Wolle-Bing mit 474 657,50 M., dann kamen die Vereinigten Werke Dyerhoff & Widmann und Mitteldeutsche Beton- und Eisenbetongesellschaft mit 499 266,59 M., das Höchstangebot hatte die Firma Wags & Freitag mit 739 890,28 M. Es fand dann eine Sitzung statt mit Vertretern des Bauhüttenbetriebsverbandes, unter anderem verlangte man neue Preise, falls an Stelle einer Spundwand eine eisernen Spundwand Verwendung finde. Das neue Angebot wurde gemacht. Später erhielt der Bauhüttenbetriebsverband die Nachricht, daß die vereinigten Firmen Dyerhoff & Widmann und die Mitteldeutsche Beton- und Eisenbetongesellschaft die Ausschreibung erhalten hätten. Das ging so zu: Dem Ausschreibungsausschleiden der Werkaufwerke wurde mitgeteilt, der Bauhüttenbetriebsverband hätte ursprünglich 375 652 M. später 392 243 M. gefordert, die Firmengesellschaft Dyerhoff u. W. sei von 499 266,59 M. auf 428 836,60 M. herabgegangen. Schließlich hätte, veranlaßt durch den Bauauschuß, die Dyerhoff u. W. ihr Angebot auf 392 338,51 M. ermäßigt. Aus diesen und anderen Gründen wurden von der Bauleitung der genannten Firmengesellschaft die Arbeiten übertragen. Der Ausschleibst hat damit einverstanden. Bemerkenswert ist, daß das erhöhte Angebot des Bauhüttenbetriebsverbandes den Mehrpreis für die Verwendung der eisernen Spundwand anhielt. Dies wurde dem Ausschleibst verschwiegen. Der Bauhüttenbetriebsverband war also um die Arbeit geprellt, obwohl ein Preisring vorhanden war, um den die Bauaus-traggeber mußten. Die Beteiligung des Bauhüttenbetriebsverbandes an der Bewerbung hat also nur dazu geführt, den Preisprozent um über 100 000 M. zu drücken. Das Ganze aber zeigt, wie es gemacht wird. Wenn man bei solchen Vorgängen hinter die Kulissen schauen könnte.

Schwerindustrieelles Lob für die Kommunisten. In den Augen der Kommunisten sind Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer Sozialverräter, Hohlhänger des Kapitalismus, Unternehmernelken. In Wirklichkeit sind die Kommunisten die Förderer des kapitalistischen Profits auf Kosten der Arbeiterklasse. Bei den Beratungen, die kürzlich in Reichstag über die Belastung der Industrie infolge des Dawes-gutachtens stattfanden, trat das deutlich zutage. Die Kommunisten kämpften gegen die Belastung der Industrie. Dafür wurden sie von dem volksparteilichen Abgeordneten Weder, einem ausgesprochenen Vertreter der Schwerindustrie, öffentlich lobt. Weder sagte: „Ich kenne gegen Frau S e n d e r (Soz.) und unterfchiede noch einmal, daß Herr K o e n e n (Kommunist) heute wiederholt konstatiert hat — auch Herr K a g (Kommunist) hat davon heute gesprochen — jede derartige Belastung müsse die Exportfähigkeit unserer Industrie mindern. Davon ist gar kein Zweifel. Das ist eine rein kapitalistische Auffassung. Nichts anderes ist eine weitere selbst sagen. Herr K o e n e n ist auch mein Kronzeuge für unsere Auffassung, daß Steuern bis zu einem gewissen Grade abgemindert werden. Ich werde, wenn wir beinahe über neue Steuererträge beraten, hoffentlich Herrn K o e n e n genau in derselben Weise auf meiner Seite finden, wie es heute der Fall war. Ich g e h e n u n c h t einmal so weit wie Herr K o e n e n. Das würde ja bedeuten, daß man jede hohe Steuer bekämpfen müßte, weil sie die Exportfähigkeit der deutschen Industrie schädigt, weil sie den Inlandsmarkt um so viel weniger aufnahmefähig macht, weil sie die Preise in die Höhe treibt und wie alle die hilflosen Aufschreibungen der Herren Kommunisten lauten.“ — So untergaben die Kommunisten die gerechte Belastung der aus dem Dawesabkommen hervor-gedenden Lasten. Diese Lasten und ihre zerstörende Tätigkeit in den Gewerkschaften stempelt sie zu dem, was sie trotz allem radikalen Geschreis sind: zu den schlimmsten Feinden der deutschen Arbeiterklasse.